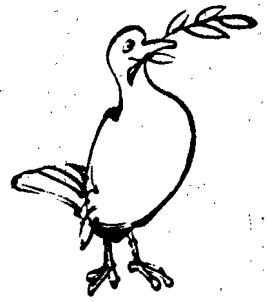
ALTERNATIVE: DIE GRÜNEN

Löwenzahn

Informationen der Grünen Wählerinitiative Ammerland, Gemeindeverband Edewecht

"EXTRA"



Wahl am 6. März 1983

Worum es an diesem Tage geht

Endlich ist Klarheit geschaffen: Am 6. März 1983 wird ein neuer Bundestag gewählt. Nur mit Hilfe einiger verfassungsrechtlich fragwürdiger Tricks konnte Helmut Kohl für sein CDU/CSU/FDP Konglomerat fünf Monate einer Übergangsregierung erreichen, die seine Kanzlerschaft ermöglichen und nun verlängern soll.

Um was geht es am Wahltag?

1. Helmut Kohl hat dem US-Präsidenten Reagan zugesagt, die amerikanischen Raketen Pershing 2 und die Flugkörper Cruise Missiles auf deutschem Boden aufzustellen. Das ist der entscheidende Schritt zum atomar geführten Dritten Weltkrieg. Deutschland wird zum Raketen-Mutterschiff, von dem aus die Sowjetunion vernichtet werden kann und das sie deshalb selbst vernichten muß.

Dagegen treten die Grünen an. Nur eine grüne Fraktion im Bundestag als parlamentarische Vorausabteilung der Friedensbewegung kann den schon geplanten atomaren Untergang Deutschlands und Europas maßgeblich verhindern helfen

2. Im Jahre 1983 werden bis zu drei Millionen Menschen in unserem Lande arbeitslos sein. Sie sind die Opfer der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. Die etablierten Parteien steigern diese Krise noch, dezimieren die Kaufkraft der breiten Massen, machen die Armen ärmer und geben das Geld den Kapitalbesitzern, die damit durch Rationalisierung weitere Arbeitsplätze vernichten.

Dagegen treten die Grünen an. Sie wollen die Arbeit sinnvoll auf alle verteilen und an die Stelle der großtechnologischen Abenteuer (AKWs, WAAs, neue Flughäfen und Landebahnen für den Dritten Weltkrieg, Rüstungsgüter) vernünftige ökologische Arbeit (natürliche Energien, Umweltschutz, Recycling, dezentralisierte Dauergüterproduktion, gesunde Landwirtschaft) setzen. Sie weisen nach, daß diese Umstellung durchaus finanzierbar ist.

3. Unser Planet Erde wird ausgeraubt. Der Traum vom ewigen quantitativen „Wachstum" führt zur immer rascheren Ausbeutung seiner Ressourcen. Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkel.

Dagegen setzen wir Grünen die Entwicklung einer neuen ökologischen Gesellschaft, die nicht mehr die Erde ausbeutet, sondern gemeinsam mit allen Völkern sie in ihrem Reichtum und in ihrer Schönheit bewahrt. Die lineare Produktionssteigerungswirtschaft ersetzen wir durch eine organische Kreislaufwirtschaft. Das menschliche Leben muß sich wieder einbetten in die großen Lebenszusammenhänge der Natur.

So geht es am 6. März 1983 in einer großen Anstrengung um Frieden statt Atomkrieg, um schöpferische Arbeit für alle statt einer unerträglichen und schließlich unbezahlbaren Massenarbeitslosigkeit und um eine neue menschliche Gesellschaft in Harmonie mit der Natur statt der zerstörerischen Ausbeutung von Mensch und Erde.

Dafür stehen die Grünen

wählt diesmal uns,

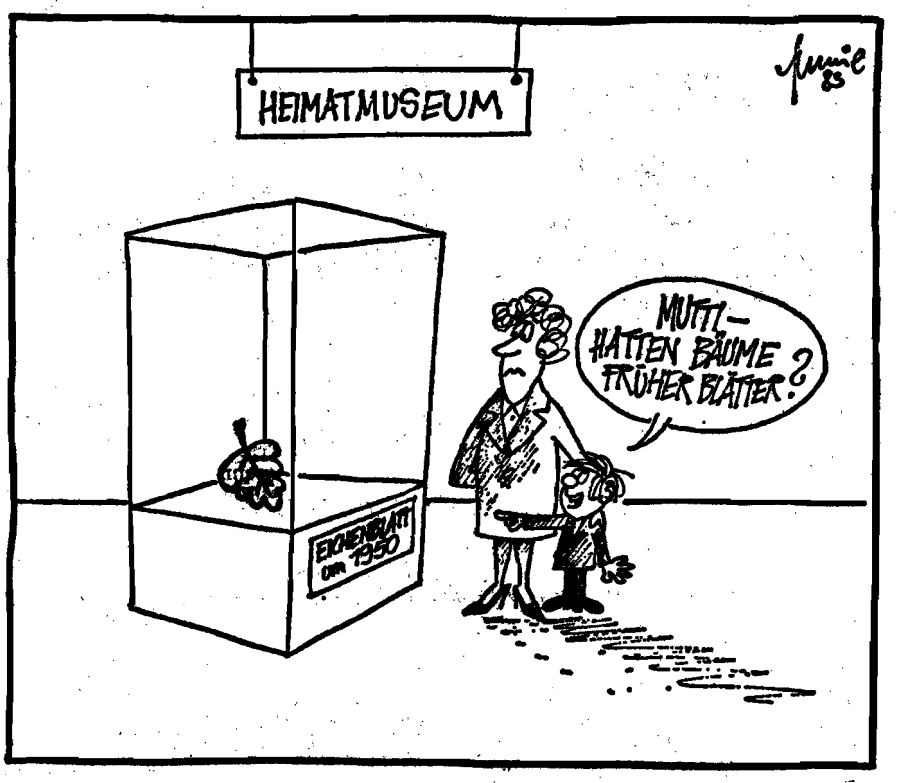
wählt GRÜN!

Der Wald im Wahlkampf

Die Parteien haben den deutschen Wald entdeckt. Politiker aller im Bundestag vertretenen Fraktionen sind emsig bemüht, den Grünen und den Umweltschützern in ihrer Besorgnis um den Fortbestand unserer Wälder den Rang abzulaufen. Und der Eifer, den sie dabei an den Tag legen, könnte vermuten lassen, das Lied: „Wer hat dich, du schöner Wald" solle in den Rang einer nationalen Hymne erhoben werden.

Was daran überrascht, ist weniger das Engagement, als vielmehr die urige Plötzlichkeit, mit der es über die Öffentlichkeit hereinbricht. Denn, es ist kaum ein Jahr her, da wurden die ersten schwerwiegenden Hinweise auf das Waldsterben von verantwortlichen Politikern noch als Panikmache abgetan. Davon ist inzwischen keine Rede mehr. Nach Mieten und Raketen also nun ein neues Wahlkampf-Thema?

NWZ 22.2.



Im Jahre 2000

FR 23.2.83

Die GRÜNEN und die SPD

Keine leichte Sache für die GRÜNEN. Zum einen ist die CSU CDU FDP-Regierung nur durch eine Wahl des Herrn Vogel zum Kanzler abzulösen. Zum anderen bereitet diese Vorstellung manchen GRÜNEN erhebliche Bauchschmerzen. Es sind ja nicht alle so vergeßlich wie die Hamburger Wähler. Zur Erinnerung:

- Wer hat eigentlich den NATO-Nachrüstungsbeschluß erfunden?
- Wer hat den Sozialabbau angefangen und Rüstung und Subventionen geschont?
- Wer hat eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik betrieben, die bisher 2,5 Millionen Arbeitslose und erhebliche Staatsschulden produzierte?
- Wer hat eigene Versäumnisse immer wieder mit dem Hinweis entschuldigt, "uns geht's ja besser als den anderen"?
- Hat die SPD in den von ihr allein regierten Bundesländern (Hamburg, NRW, Bremen) etwa eine bessere Umwelt- und Energiepolitik betrieben als die CDU-Länder?
- Wie verwirklicht die SPD den beschlossenen Vorrang der Kohle vor der Kernenergie?
- Wer hat die Wahnsinnsprojekte Startbahn West, Großklinikum Aachen, Schneller Brüter Kalkar u.a. politisch zu verantworten?
- Wie verhält sich die SPD in Sachen Autobahn A 31, Kernkraftwerk Lingen II, Wiederaufbereitungsanlage Dragahn?

"Im deutschen Interesse werde ich als Bundeskanzler die Weltmächte mit aller Kraft zu Verhandlungen drängen," läßt Herr Vogel verbreiten. Gut so. Aber was werden er und die SPD tun, wenn in Genf nichts herauskommt? Bisher haben sie sich noch mit allen Aufrüstungsentwicklungen abgefunden.

Vogel hat auch gesagt, er sei unter Umständen bereit, eine CDU-Minderheitsregierung zu tolerieren. Eine faktische Große Koalition also. Vielleicht wird er die GRÜNEN so zu einer 20 % Partei machen. Wir hätten dagegen nichts. Aber dafür Strauß und Kohl 4 Jahre lang ertragen?

Die GRÜNEN treten für andere Alternativen ein. Sie fordern den Sofortigen Einbau wirksamer Filter bei allen in Betrieb befindlichen Kohle-, Gas- und Ölkraftwerken. Die Technik der Wirbelschichtfeuerung wäre in der Lage, das Abgasproblem entscheidend zu verringern. Der Bau dezentraler Heizkraftwerke, die auch die entstehende Abwärme zur Energiegewinnung nutzen, würde den Energiebedarf senken, ebenso natürlich die entschiedene Förderung von Energiesparprogrammen.

Grün wächst!

Zur Rolle der GRÜNEN im Bundestag

Die GRÜNEN sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Sie sind jedoch nicht bereit, die Fortsetzung der lebensbedrohenden Politik, wie sie von den im Bundestag vertretenen Parteien betrieben wird, mitzutragen. Das heißt, sie werden mit niemandem eine Koalition eingehen. Die GRÜNEN sind daran interessiert, die CDU CSU FDP - Regierung des Herrn Kohl abzulösen. Sie sind bereit, einen SPD-Kanzler zu tolerieren, "werden aber keinen Kanzler wählen und keine Regierung unterstützen, die das lebensbedrohende Atom- und Rüstungsprogramm fortsetzen will." (Beschluß der Hagener Bundesversammlung)

Ihre Rolle im zukünftigen Bundestag sehen die GRÜNEN darin, Druck auf die etablierten Parteien auszuüben, eine echte Opposition zu sein und ein Sprachrohr für die außerparlamentarischen Bewegungen (Friedens-, Ökologie-, Anti-AKW, Frauenbewegung usw.). Sie betrachten sich nicht als Außenseiter, sondern als Sauerteig, der Notwendiges in Bewegung setzt.

Angst vor der Wahrheit

Daß Parteien die Journalisten von Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen gern auf ihre Linie bringen, ist ja hinlänglich bekannt: Wenn Journalisten nicht das schreiben oder sagen was die Herren Politiker gern haben wollen, werden sie beschimpft und verunglimpft.
Journalisten, die sich eine eigene, unabhängige Meinung erlauben, werden als "politisch nicht neutral" eingestuft.

Ausgewogenheit heißt die Parole. Böse Zungen nennen das auch "Ausgelogenheit".
Im Laufe der Jahre hat die CDU 8 von 11 Intendantenstellen in den Rundfunkanstalten besetzt: Dort wird dann auch die richtige Politik gemacht:

- Tagesschauredakteure dürfen die Neutronenbombe nicht mehr "umstritten" nennen - Verbot von Edmund Gruber CSU -.
- Henning Venske darf im NDR nicht mehr auftreten, weil er sich mit dem sauberen Herrn Räuker (CDU) angelegt hat.
- Das Programm der Münchener Lach- und Schießgesellschaft wird für den Bereich Hamburg ausgeblendet, weil dort Wahlen sind.
- Die Kabarettsendung "Scheibenwischer" mit Dieter Hildebrandt darf im Januar nicht gesendet werden - weil im März Wahlen sind.
- Die Programme der Münchener Lach- und Schießgesellschaft und der "Stachelschweine" dürfen auch im NDR Hörfunk nicht gesendet werden, weil CDU-Räuker das nicht möchte.
- Bisher wurde die "Bonner Runde" nach den Landtagswahlen immer ohne die Vertreter der Grünen veranstaltet, obwohl sie ins Parlament gewählt waren - die F.D.P. jedoch nicht.
- Vor den Bundestagswahlen werden die CSU und die CDU beide bundesweit als eigenständige Parteien im Fernsehen werben - obwohl die CSU nur in Bayern zur Wahl antritt.

Dies sind nur einige Beispiele für Machtmißbrauch und CDU-Filz in den Rundfunkanstalten.

An diesen Machenschaften wird jedoch auch folgendes deutlich: Die CSU/CDU und die ihr nahestehenden Kreise des Großkapitals haben Angst vor der Wahrheit!

Parallel zur Einschüchterungskampagne gegen kritische Journalisten (siehe auch die Durchsuchung der Räume von Konkret) läuft die Kampagne zur Einführung des Privatfernsehens und zur Verkabelung der Bundesrepublik.

Wer wird sich wohl ein eigenes Fernsehprogramm leisten können?
Die Arbeitnehmer, kleine Gewerbetreibende, der vielbesungene Mittelstand? Doch wohl kaum.
Das Privatfernsehen schafft lediglich neue Profitmöglichkeiten für die Großindustrie.
Der mit der Kabelindustrie verfilzte Postminister wird auch seinen Beitrag leisten.
Der Manipulation der Bürger werden Tür und Tor geöffnet.
Dies alles dient natürlich der Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt: Neben der Meinung der CSU darf auch weiterhin die Meinung der CDU verbreitet werden.

"Jene, die glauben, sie könnten Europa mit Atomwaffen verteidigen, werden es nicht verteidigen, sondern zerstören."
(Helmut Schmidt, bevor er Bundeskanzler war)

Die Edewechter Friedensgruppe "Ohne Rüstung leben" zeigt am Dienstag, den 15. März 1983 im Haus der offenen Tür in Edewecht den Antikriegsfilm " The WAR GAME ", um 20.00 Uhr.

Dieser Film heißt zu deutsch: "Kriegsspiel" und schildert in dramatischer Weise, wie schnell ein Atomkrieg in Europa entstehen kann und welche Folgen er hat.
Dabei wird besonders erschreckend deutlich, daß die sogenannten Katastrophenschutzpläne in keiner Weise wirklichen Schutz gegen die Atombombe bieten und daß es solchen Schutz auch nicht geben kann.
Die Gruppe "Ohne Rüstung leben" lädt alle interessierten Bürger zu dieser Veranstaltung ein. Im Anschluß an den Film soll eine Diskussion stattfinden.

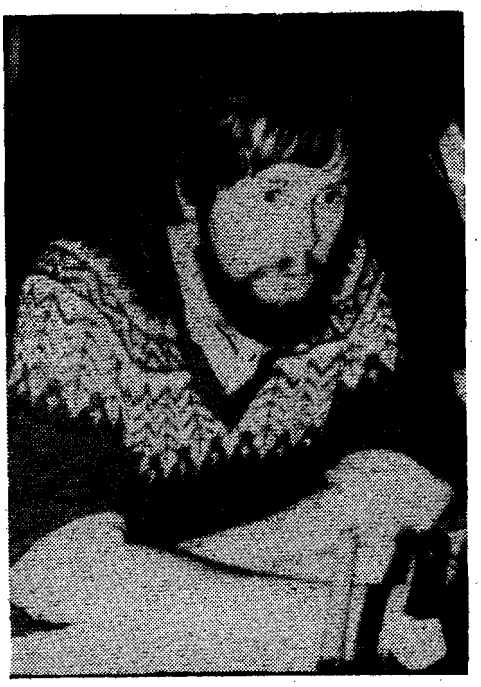
Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Wir Grünen im Landtag arbeiten seit unserem Einzug Ende Juni 1982 für eine ökologisch orientierte Politik, d. h., eine Politik, deren Grundlage das Miteinander von Mensch und Umwelt ist. Unterstützung erfahren wir durch grüne Gemeinderats-, Stadtrats- und Kreistagsmitglieder, die von ihren politischen Erfahrungen berichten, von Parteimitgliedern und von freien Gruppen und Verbänden, die sich für Teilbereiche unseres Programms einsetzen.

Die Arbeit, die wir in Angriff genommen haben ist nicht leicht, da sich unsere Vorstellungen in vielen Bereichen fundamental von denen der Altparteien unterscheiden. Häufig sind wir deshalb heftigen Angriffen, ja Diffamierungen der anderen Parteien ausgesetzt und werden in der etablierten Presse falsch dargestellt oder erst gar nicht erwähnt. Ich möchte dieses an einem Beispiel deutlich machen. Während der letzten Plenardebatte im Landtag stellte die CDU-Mehrheitsfraktion eine große Anfrage zum Thema Gewalt. Durch vorherige Pressemitteilungen ("Grüne tragen zur Propagierung von Gewalt bei", Innenminister Möcklinghoff in der HAZ vom 1.12.82) war klar zu erkennen, daß mit dieser Anfrage die Grünen in die Gewaltecke gestellt werden sollten, was ja zu Wahlkampfzeiten besonders angebracht schien. Unsere Redner Martin Mombaur, Dr. Dieter Rohloff und Dr. Helmut Lippert stellten klar, daß die Grünen jede Form von Gewalt ablehnen, daß aber andererseits in unserem Staate Gewalt gegen Mensch, Natur und Umwelt von Regierungen, auch von der Landesregierung, geduldet werden.

Gerade anläßlich des 50. Jahrestages der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus wurde deutlich, wie dringend notwendig eine kritische Auseinandersetzung mit dem von CDU,SPD und FDP beschworenen Gewaltmonopol des Staates ist. Einem Gewaltmonopol, das das Sterben der Wälder, die Vergiftung des Grundwassers, die Verseuchung der Nordsee, die Vernichtung einer riesigen Lebensmittelüberproduktion und ein Heer von Arbeitslosen zuläßt und das die totale computermäßige Überwachung der Bürger erwägt. Hätte es übrigens schon 1945 das heute auf Computerbasis angestrebte Überwachungssystem gegeben, wäre heute so manche politische Größe in der Bundesrepublik nicht mehr in ihrem Amt.

Diejenigen, die den Arbeiteraufstand in Polen, mit Fabrikbesetzungen, Straßenblockaden und Auseinandersetzungen mit Polizei und Militär, beklatschen, wollten in der Plenardebatte demokratisch arbeitende, gewaltfreie und auf materielle Vorteile verzichtende Grüne radikalisieren oder gar kriminalisieren. Dieser Versuch ist der CDU im Niedersächsischen Landtag mißlungen. Trotz Redezeitbeschränkung von 20 Minuten pro Fraktion (!!), wir hatten als einzige dagegen gestimmt, konnten wir alle Vorwürfe widerlegen und aufzeigen, wer in diesem Land tatsächlich Gewalt zuläßt. Kein Wunder wenn die NWZ da schwieg.
Unsere grüne Landtagsarbeit gegen Natur- und Umweltzerstörung, gegen Aufrüstung, gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ergänzen wir durch Informationsveranstaltungen, Aktionen und Projekte.
Wir wollen unseren Kindern nicht einmal sagen müssen: "Von all dem haben wir nichts gewußt." Um unsere Arbeit sinnvoll fortsetzen zu können brauchen wir noch viele, die bei uns mitarbeiten. Alleine schaffen wir es nicht.



Friedrich Haubold

Wie mit Anträgen der Grünen verfahren wird:

Mit Schreiben vom 18.4. 82 haben wir beantragt, für die Gemeinde Edewecht eine Rad - und Wanderwegeplanung durchzuführen. Dieser Antrag ist bis heute noch nicht im Fachausschuß beraten worden. Unserer Meinung nach wäre es sinnvoll diesen Punkt parallel zum Flächennutzungsplan zu beraten, damit eine Rad - und Wanderwegeplanung den FNP ergänzen kann.

Übrigens:

Was ist eigentlich aus dem Steuerfahnder geworden, der 1975 die Parteispendenaffäre aufdeckte ?
Nachdem er zunächst von seiner Dienststelle gelobt wurde, hieß es 1976, daß die Ermittlungen einzustellen seien.
Wir errinnern uns: 1976 wurde der Bundestag gewählt und die Parteien hatten etwas gegen die Wahrheit. Doch der Steuerfahnder Förster ließ nicht locker. Trotz Druck von oben und der Drohung ihm zu versetzen arbeitete er weiter. Er war dann auch maßgeblich an der Aufdeckung der Flick-Spenden-Affäre, in die selbst Kanzler Kohl verstrickt ist, beteiligt.
Heute nun ist Förster nach zwangsweiser Abordnung an eine Kölner Dienststelle versetzt.
Die Mächtigen haben wieder einmal den längeren Arm gehabt.
Auf Kosten der Steuerzahler haben sich Firmen wie Flick u.a. sowie die sogenannten staatstragenden Parteien CDU/CSU SPD und FDP bereichert.
Und was passiert ?
Diejenigen die diese Affären aufklären, werden strafversetzt.
Wer darin verstrickt ist, wird zum Beispiel Bundeskanzler !
Die fehlenden Steuergelder werden von den Lohnsteuerzahlern erbracht.

So betrug z. B. der LOHNSTEUERBEITRAG der Arbeitnehmer 117 Mrd. DM.

der EINKOMMENSTEUERBETRAG ca. 33 Mrd. DM

das KÖRPERSCHAFTSSTEUER - AUFKOMMEN

nur rund 20 Mrd. DM und das trotz 60 % Umsatzanteil der Kapitalgesellschaften.

"Wir wollen die Bundesrepublik regierbar machen mit neuen politischen Inhalten und mit einer neuen politischen Kultur. Man kann den Vorwurf der Unregierbarkeit an alle etablierten Parteien zurückgeben. Sie alle haben bis jetzt keine realistischen Wege aus der Gefahr angedeutet."
(Petra Kelly)

BLEI, CADMIUM UND CO.

"Delphin war nicht durch Schwermetalle vergiftet" meldete die NWZ und vertuschte damit die Antwort auf eine kleine Anfrage, in der der Abgeordnete der Grünen F. Haubold die Landesregierung nach den Ursachen des Selbstmordverhaltens eines Langfinnendelphins vor der Küste von Hooksiel (Friesland) gefragt hatte. Was die NWZ ihren Lesern vorenthielt: In dem Meeressäuger wurden die Schwermetalle Blei, Cadmium und Quecksilber sowie die Pestizide Hexachlorcyclohexan, Hexachlorbenzol Endrien, Dieldrin DDT, DDE, DDD und PVB 's nachgewiesen. Für die NWZ ist die niedersächsische Nordsee "Vergleichsweise gering belastet" . Wer soll das noch glauben ?

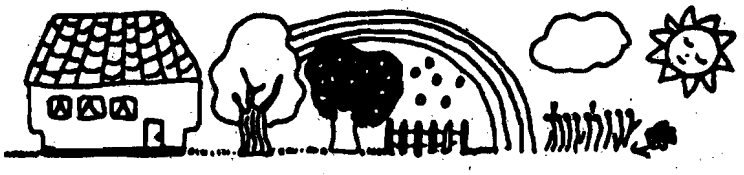
Elternbeiträge für Kindergarten

In der letzten Sitzung des Kindergartenausschusses wurde mehrheitlich (bei einer Gegenstimme) eine Erhöhung der Elternbeiträge um 14 % von mtl. 70.- DM auf mtl. 80.- DM beschlossen.
Der Antrag der Grün-Fraktion, eine Staffelung der Elternbeiträge einzuführen (für das 1. Kind 80.- DM, für das 2. Kind 70.- DM, für das 3. Kind 60.- DM und für das 4. und weitere Kinder 50.- DM) wurde vom Ausschuß abgelehnt.
Wir meinen, daß gerade in der heutigen Zeit eine Erhöhung, ohne eine gleichzeitige Entlastung von kinderreichen Familien nicht sozial ist und dazu führen könnte, daß diese Familien ihre Kinder nicht mehr in den Kindergarten schicken werden.
Die Möglichkeit für Familien auf Antrag Gelder nach dem Bundessozialhilfegesetz zu bekommen sehen wir als nicht realistisch an. Wir möchten es den Familien, die ohnehin belastet sind ersparen, daß sie immer wieder zu verschiedenen Ämtern gehen müssen, um Hilfen zu bekommen.
Man sollte an dieser Stelle einmal darauf hinweisen, daß arbeitslose Familien im Bereich des Arbeitsamtes Oldenburg durchschnittlich 850.- DM netto im Monat zur Verfügung haben.
Schauen Sie sich einmal Ihre mtl. Gehaltsabrechnung an und überlegen Sie, ob Sie mit 850.- DM auskommen !

DIE GRÜNEN
SIND WEDER
LINKS NOCH RECHTS
SONDERN
VORN

Verurteilt zum Erfolg

So lautet der Titel des von uns am 26.1.83 gezeigten Filmes über die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague (Frankreich).
Der Film verdeutlichte nochmals die Gefährlichkeit des Umgangs mit der Kernenergie und die daraus resultierende psychische Belastung der in der WAA tätigen Arbeiterschaft,sowie die Unsicherheit und Unwissenheit der Bevölkerung.Wichtig erscheint mir hierbei der Hinweis,daß der Film von Arbeitern gedreht worden ist. Auf ihnen nämlich lastet die Verantwortung,daß nicht die befürchtete Katastrophe,die im Ernstfall in ihrem Ausmaß um ein Zigtausendfaches größer wäre als die Auswirkungen der Hiroshimabombe,durch menschliches oder technisches Versagen ausgelöst wird.
Aber auch wenn man von etwaigen Unfällen absieht,sind wir dennoch einer allmählich fortschreitenden Verseuchung ausgesetzt.Die Erstbetroffenen sind wieder die Arbeiter,deren starke Schutzkleidung doch nicht das Durchdringen radioaktiver Strahlen völlig verhindern kann.Die nach dem Verlassen des direkten Strahlungsbereiches abgelegte Kleidung wird ebenso wie benutzte Werkzeuge,ausgediente Roboter,etc. als radioaktiver Müll gelagert. Da man zwischen Hoch-, Mittel- und Leichtaktiven Müll unterscheidet,versucht man durch Auswaschungen die vom Material ausgehende Radioaktivität soweit herabzumindern,daß es einfacher zu lagern ist.Nichtsdestoweniger entstehen aber Unmengen an Müll.Das benutzte,verseuchte Wasser wird hingegen ins Meer zurückgeleitetund erreicht uns beispielweise über den Ärmelkanal.Die bei uns vorherrschenden Grenzwerte zur Wasserverseuchung erweisen sich als sinnlos,wenn man bedenkt,daß in Frankreich keine dahingehenden Vorschriften gelten.
Eine weitere Strahlenbelastung erfolgt über die Luft.So liegen bereits offene Werte über die Verseuchung der Normandie vor.Doch die Strahlungswolke erstreckt sich auchaußerhalb der Grenßen der Normandie,eventuell über ganz Europa.
Wie wir sehen,ist der von Befürwortern der WAA benutzte Ausdruck "Entsorgungsanlage" reinste Augenwischerei.
In Wirklichkeit vergrößert sich die Gefahr durch die WAA um ein Vielfaches.



Hier erst entsteht der eigentliche hochaktive,plutoniumhaltige Müll. Außerdem ist sowohl die Menge der zu bearbeitenden radioaktiven Substanzen als auch die Störanfälligkeit bei weitem größer als bei einem Atomkraftwerk.Spätestens jetzt ergibt sich die Frage nach dem Nutzen der WAA in anbetracht der Risiken,des Aufwandes und der Kosten.Das aufgearbeitete Uran findet seine Wiederverwendung in den AKWs und dient der Stromerzeugung. Das gereinigte Plutonium hingegen geht zum Teil ins Ausland.Ansonsten aber gebraucht man es für den "Schnellen Brüter",indem nicht nur Strom erzeugt wird,sondern hier entsteht reinstes Waffenplutonium,aus dem in kürzester Zeit Atombomben hergestellt werden können.

Wir wählen GRÜN

Wir Physiker wählen GRÜN, weil wir zum Beispiel eine großtechnische Nutzung der Kernenergie nicht verantworten können. Alternativen sind machbar!

Dipl.-Phys. H. Gabler, Dr. H. Helmers, Prof. Dr. J. Luther, Prof. Dr. K. Hinsch, Prof. Dr. W. Schmidt, Dipl.-Phys. W. Schubert, Dr. E. Naumann, Dr. H. Ihlefeld, Dr. K. Jeeckel, Dr. F. Rieß, Prof. Dr. V. Mellert, Dr. U. Radek, Dr. R. Weber

Impressum

Der Löwenzahn wird vom Gemeindeverband Edewecht der Grünen Wählerinitiative Ammerland herausgegeben.

Redaktion: Ute Gleiß, Margret Kaussow, Jochen Gerdes, Egbert Kosmis, Hildburg Büntjen .

Die Redaktion dankt allen Bürgern recht herzlich,die mit ihrer Spende zum Erscheinen dieser Ausgabe des LÖWENZAHN beigetragen haben .

Bankverbindung: Volksbank Edewecht

BLZ: 280 618 22

Konto-Nr. 6492
Kennwort: Löwenzahn

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 31.3.83 .

Über Artikel und Leserbriefe würden wir uns sehr freuen !

Redaktionsanschrift:

Grüne Wählerinitiative Ammerland
Gemeindeverband Edewecht
Schubertstr. 30
2905 Edewecht

Ostermarsch 1983

Auch in diesem Jahr finden wieder Ostermärsche in vielen Städten der Bundesrepublik statt.
Die Ostermarschbewegung entstand in den 50er-Jahren als es um die Atombewaffnung ging.
Seit 1982 erlebt diese Bewegung einen neuen Aufschwung. Über 1/2 Million Menschen nahmen an den Ostermärschen in der BRD teil.
Jung und alt demonstrierten für den Frieden und gegen den Rüstungswahnsinn in Ost und West. In diesem Jahr werden es vermutlich noch mehr Menschen sein, die sich an den Aktionen beteiligen. Jeder Bürger ist aufgerufen sich anzuschließen.
Der Frieden geht alle an!
Am Ostermontag, den 4. April findet in Oldenburg eine zentrale Kundgebung statt.
Vorher kommen aus den Umlandgemeinden Marschsäulen nach Oldenburg.
So ist der Ablauf aus dem Raum Bad Zwischenahn/Edewecht vorgesehen:

Treffpunkt

	9.00 Uhr	Raketenstation Westerscheps
	10.30 Uhr	Edewecht Marktplatz
ca.	11.00 Uhr	Jeddeloh I
ca.	12.00 Uhr	Friedrichsfehn (Gaststätte Zur Wilhelmslust)
ca.	12.20 Uhr	Petersfehn (Schützenhof)
ca.	13.00 Uhr	Oldenburg (Bloherfelde Bereitschaftspolizei)
ca.	13.30 Uhr	Abmarsch Kennedyplatz
	15.00 Uhr	Oldenburg Pferdemarkt

Hier treffen sich dann alle Gruppen und bewegen sich gemeinsam zum Schloßplatz, wo anschließend die zentrale Abschlußkundgebung stattfindet.

In den bewohnten Gebieten soll zu Fuß gegangen werden.
Auf freien Strecken fahren die Teilnehmer mit dem Fahrrad oder Auto.
Wer vorher sein Fahrrad in Westerscheps abstellen möchte, kann sich bei folgender Adresse melden.

Margarethe Bruns
Hausmannsstr. 6
2905 Edewecht-Westerscheps
Tel.: 04405/8864

Für Fragen, Anregungen und Tips steht außerdem zur Verfügung:

Gisela Lorenzen
Goldene Linie 13
2903 Bad Zwischenahn
Tel.: 04403/4102

Also mitmachen - Raus zum Ostermarsch.

Wir tun es für den Frieden.

Kleinanzeigen

Moped Yamaha RD80,BJ. 7/81, 7000Km VHB. 1.500,-DM Tel.: 04403/1243
Gymnasiast erteilt Nachhilfe in Mathe und Naturw. bis 8.Klasse Tel.: 04403/5137
Angeh. Gärtner hilft bei Gartenarbeit und -gestaltung. Tel.:04403/1243
Mischlingshündin (Schäfer/Jagdhund) 3 Jahre alt sterilisiert,nur in gute Hände abzugeben.Tel.:0441/14295 oder 04401/4589
Gas-Durchlauferhitzer gesucht. Tel.: 0441/27240
Gebr.Werkzeug und Holzwerkbank günstig zu kaufen gesucht. Tel.: 0441/203422
Altes Bett mit Matratze zu verschenken. Tel.: 04403/4102
2"Römer Peggy" Autokindersitze zu verkaufen. Tel.:04405/6160
Suche gebrauchte Stereoanlage,möglichts billig! Interessenten bitte ab halb 9 wochentags anrufen unter: 04405/6649.

In eigener Sache

In unserer letzten Ausgabe haben wir damit begonnen, Kleinanzeigen zu veröffentlichen. Auf einige der Angebote haben sich Interessenten gemeldet.
Wir freuen uns,daß wir einigen Bürgern auf diesem Wege geholfen haben.

Also: Wenn Sie auch Kleinanzeigen veröffentlichen möchten, Schreiben Sie uns.

Wir drucken Ihre Kleinanzeige in der nächsten Ausgabe des Löwenzahn kostenlos ab.

Redaktionsschluß: 31.3.1983

Termine :

März

Dienstag 1	Diskussion mit G. Jannsen GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK - Wege aus der Krise Friedrichsfehn, Wilhelmslust 2o.oo
Freitag 4	SCHWEIGEN FÜR DEN FRIEDEN Bad Zwischenahn, Vorplatz 17.oo - 18.oo LzO
Sonntag 6	WAHLSONNTAG Grün wächst, wenn Sie es wollen
Dienstag 8	TERRE DES HOMMES Treffen der Edewechter AG 2o.oo Haus der offenen Tür
Mittwoch 9	Mitgliederversammlung der Naturschutzgemeinschaft Ammerland 19.3o Uhr Haus Feldhus Bad Z'ahn
Freitag 11	SCHWEIGEN FÜR DEN FRIEDEN Bad Z'ahn, Vorplatz LzO 17.oo - 18.oo Uhr
Dienstag 15	Ratssitzung Edewecht, Rathaus 17.oo Uhr
	THE WAR GAME (Antikriegsfilm) Edewecht, Haus der offenen Tür 2o.oo Uhr
Donnerstag 17	DER BIO - GARTEN Film über die Anlegung u. Pflege eines biol. Gartens Edewecht, Rathaus 2o.oo
Freitag 18	SCHWEIGEN FÜR DEN FRIEDEN Bad Z'ahn, Vorplatz LzO 17.oo - 18.oo Uhr
Freitag 25	SCHWEIGEN FÜR DEN FRIEDEN
Montag 28	Ratssitzung Edewecht, Rathaus 17.oo
Mittwoch 30	BÜRGERVERSAMMLUNG Friedrichsfehn, Wilhelmslust 2o.oo Uhr
Donnerstag 31	OHNE RÜSTUNG LEBEN Treffen in Bad Z'ahn 19.3o Uhr, Alte Pastorei

April

Freitag 1	SCHWEIGEN FÜR DEN FRIEDEN Bad Z'ahn, Vorplatz LzO 17.oo - 18.oo Uhr
Montag 4	OSTERMARSCH 1983 Treffpunkt 9.oo Uhr Westerscheps
Freitag 8	SCHWEIGEN FÜR DEN FRIEDEN Bad Z'ahn, Vorplatz LzO 17.oo - 18.oo Uhr
Dienstag 12	TERRE DES HOMMES Treffen der Edewechter AG Haus der offenen Tür, 2o.oo
Freitag 15	SCHWEIGEN FÜR DEN FRIEDEN
Montag 18	DER NATURGARTEN Lichtbildervortrag Bad Z'ahn, Haus Feldhus 2o.oo Uhr

Die Zweitstimmen sind entscheidend

Was viele nicht wissen: Die Anzahl der Abgeordneten, die eine Partei in den Bundestag schicken darf, richtet sich nach ihrem Anteil an den ZWEITSTIMMEN. Wer die GRÜNEN im Bundestag sehen möchte, muß vor allem sein Kreuz auf der rechten Seite des Wahlzettels an die richtige Stelle machen. Und nicht vergessen: Nur der Einzug der GRÜNEN in den Bundestag macht eine Ablösung des Kanzlers Kohl möglich!

Die neuen fortschrittlichen Kräfte in diesem, unserem Lande.